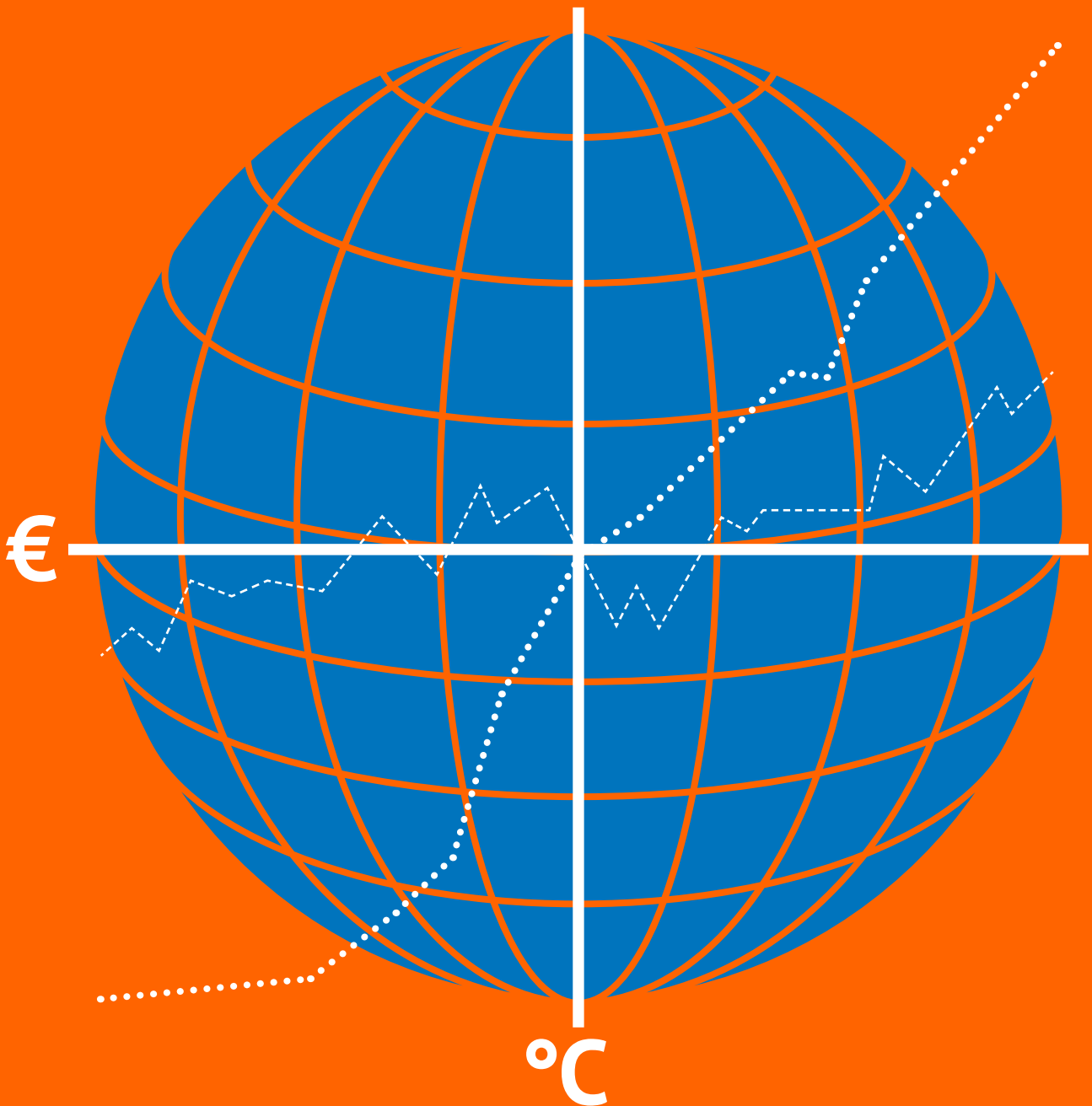


Finanzen – Steuern – Klima



Wie hängen Klimawandel und Finanzen zusammen?
Ist eine CO₂-Steuer sozial gerecht?
Woher soll das Geld für Investitionen in Zukunftstechnologien kommen?
Gibt es eine klimafreundliche Geldpolitik?

Inhalt

Einführung

III.1 Aktivität: Gerechte CO₂-Steuer?

- M1: Tabelle – Vermögensverteilung in Deutschland
- M2: Diagramm – Vermögensverteilung in Deutschland
- M3: Tabelle – Einkommensverteilung und Steuern
- M4: Diagramm – Verteilung von Einkommen und Steuern
- M5: Diagramm – Steuern und Abgaben
- M6: Tabelle – CO₂-Verbrauch nach Einkommen
- M7: Diagramm – CO₂-Verbrauch nach Einkommensgruppen

III.2 Arbeitsblatt: Corona und Klima: Was soll der Staat tun?

- M1: Karikatur – Corona und Klima (*Harm Bengen*)
- M2: Mit zweierlei Maß (*Fabian Scheidler*)
- M3: Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung (*Autor_innentext*)
- M4: Lufthansa: Staatshilfen, aber keine Klimaauflagen (*Blog der Frankfurter Rundschau*)

III.3 Arbeitsblatt: Klimawandel und Finanzmärkte

- M1: Maßnahmen für ein klimafreundliches Finanzsystem (*Finance Watch*)
- M2: CDU/CSU (*Auszug aus dem Europawahlprogramm 2019*)
- M3: FDP (*Auszug aus dem Europawahlprogramm 2019*)
- M4: Die Grünen (*Auszug aus dem Europawahlprogramm 2019*)
- M5: Die Linke (*Auszug aus dem Europawahlprogramm 2019*)
- M6: SPD (*Auszug aus dem Europawahlprogramm 2019*)
- Methode: Gruppenpuzzle

III.4 Arbeitsblatt: Klimafreundliche Geldpolitik?

- M1: Foto – Protest-Aktion zur Amtseinführung von EZB-Chefin Christine Lagarde
- M2: EZB-Präsidentin Lagarde beginnt heute ihren Job – Es werden Proteste erwartet (*Frankfurter Rundschau*)
- M3: EZB – Ein Tatort der Klimakrise (*Alexis Passadakis*)
- M4: Klimapolitik ist nicht Sache der EZB (*Badische Zeitung*)
- Infotext: Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank
- Methode: Fishbowl

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte oder Autorentexte

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infotext – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden



Interviews – Für dieses Bildungsmaterial geführte Gespräche

Einführung

Bei der Diskussion um den Klimawandel stehen oft die Ergebnisse der Klimawissenschaft oder die Verhandlungen im Rahmen der UN-Klimakonferenz im Vordergrund. Vergleichsweise selten wird im Detail über die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte gesprochen. Doch gerade hier dürften Gründe dafür zu finden sein, dass die Maßnahmen gegen den Klimawandel trotz der dramatischen Situation nur langsam vorankommen.

So zeigt zum Beispiel das Problem der sogenannten Kohlenstoff-Blase, wie eng der Klimawandel mit dem fossilen Kapitalismus des 20. Jahrhunderts und der Finanzialisierung der vergangenen Dekaden verbunden ist. Wie die berühmten Tulpenzwiebeln im 17. Jahrhundert oder die verbrieften US-amerikanischen Hypothekenkredite Anfang dieses Jahrhunderts könnten sich in den kommenden Jahren gigantische Investitionen in Gas- und Ölvorkommen sowie die dazugehörigen Infrastrukturen als letztlich wertlos erweisen. Denn angesichts der verbleibenden CO₂-Budgets dürfen Teile der bekannten fossilen Energieträger nicht mehr gefördert und verfeuert werden. Nach jüngsten Berechnungen könnte diese Entwertung 39 Billionen US-Dollar an Öl- und Gasreserven, 22 Billionen an Infrastruktur, 26 Billionen an Aktien und börsennotierten Anleihen sowie das vierfache an nicht-börsennotierten Finanzanlagen betreffen – gigantische Summen, vor allem im Vergleich zu einem globalen Bruttoinlandsprodukt von 142 Billionen Dollar 2019¹.

Mit anderen Worten müssen die CO₂-Budgets eingehalten werden, um das Erreichen ökologischer Kippunkte und entsprechender Katastrophen zu vermeiden, doch genau das droht wiederum das Finanzsystem an einen Kippunkt zu bringen. Grundsätzlich sollte die Wahl zwischen der Vernichtung von Finanzvermögen und der Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen eigentlich nicht schwerfallen, doch wo lässt sich ansetzen, wenn jeder Maßnahme mächtige, über Jahrzehnte fest verankerte Interessen entgegenstehen? Ob bestehende Vorschläge des Divestments (keine Investitionen mehr in fossile Brennstoffe) und einer begleitenden Reregulierung der Finanzmärkte zu einer geregelten Dekarbonisierung der Wirtschaft führen können, bleibt abzuwarten.

Jedenfalls macht allein diese systemimmanente Betrachtung des mit den aktuellen Kohlenstoff-Investitionen verbundenen Krisenpotenzials deutlich,

wie massiv und entschlossen das Wirtschaftssystem angesichts der Klimakrise umgebaut werden muss. Deshalb wurde nach dem entschlossenen Handeln der meisten Regierungen in der COVID19-Pandemie zurecht gefordert, dass nun ebenso entschlossen dem Klimawandel entgegengetreten wird. Zugleich hat die Diskussion um die einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Zuge der Pandemie aber gezeigt, wie schwierig und umstritten genau dies ist. Einerseits war eine klimaschädliche Abwrackprämie für Autos – wie in der Krise 2009 – dank der Klimabewegung nicht mehr durchsetzbar. Doch andererseits wurde die Lufthansa ohne Auflagen zum Klima- und Beschäftigungsschutz mit öffentlichen Geldern gerettet. Solche Fragen der öffentlichen Ausgaben (Investitionen, Subventionen, Rettung insolventer Unternehmen) werden in den kommenden Jahren von entscheidender Bedeutung bei der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft sein.

Dieser Wandel wird nur dann gelingen, wenn er zugleich ein Wandel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit ist. Dies betrifft nicht zuletzt die Finanzierung der Staatsausgaben. Auch hier gab es während der Pandemie gute und weniger gute Beispiele. Das negative Beispiel ist die befristete Senkung der Mehrwertsteuer. Unbefristet und durch eine entsprechende Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen gegenfinanziert würde sie tatsächlich die Menschen mit den geringsten Einkommen entlasten und direkt den Verkauf notwendiger Alltagsgüter ankurbeln. Als befristete Maßnahme nutzt sie aber vor allem denjenigen, die relativ teure Konsumausgaben vorziehen und ist damit eine Art Abwrackprämie durch die Hintertür. Das positive Beispiel war dagegen das zusätzliche Kindergeld, das an alle Eltern gezahlt wurde, um es am Ende mit der Einkommensteuer zu verrechnen, so dass es nur den Familien mit kleinen und mittleren Einkommen bleibt, die es auch tatsächlich brauchen. Dies lässt sich auf die Diskussion um CO₂-Steuern übertragen: Eine reine CO₂-Steuer könnte die ärmeren Bevölkerungsgruppen – trotz ihres vergleichsweise niedrigen CO₂-Verbrauchs – im Verhältnis zum Einkommen am stärksten betreffen. Die Kombination von CO₂-Steuern mit einem Bonus für die unteren Einkommensgruppen würde dagegen Emissionen reduzieren und zugleich für einen sozialen Ausgleich sorgen.

¹ Vgl. Haas/Unmüßig: Die »Carbon Bubble«: Finanzwirtschaft am Kippunkt? In: *Blätter für Deutsche und internationale Politik* 9/2020.

Allerdings betrifft das Thema Klimaschutz und öffentliche Finanzen nicht nur den Staatshaushalt, sondern auch die staatliche Geldpolitik und damit die EZB. Diese hat ihr geldpolitisches Instrumentarium schon vor der COVID19-Pandemie und dann noch einmal verstärkt um den Ankauf von Unternehmensanleihen erweitert und Aktivist_in-

nen verschiedener Bewegungen fordern, dass auch dieses staatliche Handeln Klimaschutzaspekte berücksichtigen muss. Sprich: Die EZB sollte keine Anleihen von CO₂-intensiven Konzernen kaufen, sondern das Anleiheprogramm an sozial-ökologischen Zielen ausrichten.

Zu den Elementen des Moduls

- Mit der [Aktivität III.1 \(Gerechte CO₂-Steuer?\)](#) stellt die Lerngruppe die ungleichen Verteilungen von Vermögen, von Einkommen, von Steuern und Abgaben sowie des CO₂-Verbrauchs in Deutschland nach. Die Aktivität eignet sich als Einstieg in die Thematik der sozialen Gerechtigkeit und der Steuerpolitik im Allgemeinen und fokussiert im Besonderen auf die Frage nach einer sozial gerechten Finanzierung des notwendigen ökologischen Umbaus. So können die Lernenden zwischen drei Varianten einer CO₂-Steuer wählen, die – wie die Modelle, die tatsächlich in der Diskussion sind – die soziale Ungleichheit weiter verschärfen oder durch eine Kombination aus Abgaben und Bonussystem abmildern würden.
- Das [Arbeitsblatt III.2 \(Corona und Klima: Was soll der Staat tun?\)](#) beginnt mit einer *Karikatur von Harm Bengen zum Verhältnis der COVID19-Pandemie zum Klimawandel (M1)*. Daran anschließend können sich die Lernenden in Kleingruppen mit einem *Text von Fabian Scheidler aus der taz (M2)* zu den politischen Reaktionen auf COVID-19 einerseits und den Klimawandel andererseits auseinandersetzen und Vorschläge zur Bewältigung der Klimakrise daraus extrahieren. Anschließend werden diese Vorschläge diskutiert und ergänzt, um schließlich in der Gesamtgruppe die fünf wichtigsten politischen Maßnahmen angesichts der Klimakrise zu sammeln. Diese Maßnahmen können dann anhand eines *Autor_innentextes (M3)* mit dem ersten Konjunkturprogramm der Bundesregierung nach dem Corona-Lockdown verglichen werden. Danach können sich die Lernenden mit einem kritischen *Kommentar aus dem Blog der Frankfurter Rundschau zu den Staatshilfen für Lufthansa (M4)* auseinandersetzen. Abschließend können die Maßnahmen der Regierung mit der Karikatur aus der Anfangszeit der COVID19-Pandemie verglichen und persönlich bewertet werden.
- Der Ausgangspunkt von [Arbeitsblatt III.3 \(Klimawandel und Finanzmärkte\)](#) ist ein *Forderungskatalog der Nichtregierungsorganisation Finance Watch für ein klimafreundliches Finanzsystem (M1)*. Dieser kann von den Lernenden zunächst auf die Frage hin untersucht werden, welchen Beitrag Unternehmen, Politik und Bürger_innen nach den Vorschlägen jeweils zum Klimaschutz leisten sollen. Anschließend können die Forderungen von Finance Watch in einem *Gruppenpuzzle* mit den Positionen der deutschen Parteien zur Europawahl 2019 verglichen werden. Dazu werden Auszüge aus den Wahlprogrammen von *CDU/CSU (M2)*, *FDP (M3)*, *Die Grünen (M4)*, *Die Linke (M5)* und *SPD (M6)* bereitgestellt. Die AfD wurde nicht berücksichtigt, da sie keine Positionen zu den fraglichen Punkten hat. Abschließend kann eine persönliche Stellungnahme zu den Forderungen von Finance Watch und den Positionen der Parteien in Form ein Zeitungskommentars oder Facebook-Posts verfasst werden.
- [Arbeitsblatt III.4 \(Klimafreundliche Geldpolitik?\)](#) bietet zum Einstieg ein *Foto von einer Attac-Aktion (M1)* zur Amtseinführung von EZB-Chefin Lagarde 2019. Anschließend können anhand eines *Artikels der Frankfurter Rundschau (M2)* sowie des Infotextes »Anleihekäufe der EZB« die Hintergründe dieser Aktion sowie einer weiteren von Fridays for Future erarbeitet werden. Danach können die Lernenden eine *Fishbowl-Diskussion* zum Thema »Klimafreundliche Geldpolitik?« durchführen. Zur Vorbereitung in Pro- und Contra-Gruppen stehen ein *Text von Alexis Pasadakis aus der Frankfurter Rundschau (M3)* und ein *Kommentar aus der Badischen Zeitung (M4)* zur Verfügung. In Einzelarbeit kann schließlich ein Zeitungskommentar oder Facebook-Post zum Streitthema klimafreundliche Geldpolitik verfasst werden. ■

Gerechte CO₂-Steuern?

Kurzbeschreibung Verteilungsspiel:

Mit der Aktivität stellt die Gruppe die Verteilungsverhältnisse in Deutschland nach. Konkret werden die Verteilungen von Vermögen, von Einkommen, von Steuern und Abgaben sowie der CO₂-Verbrauch nachvollzogen.

Die Aktivität eignet sich als Einstieg in die Thematik der sozialen Gerechtigkeit und der Steuerpolitik im Allgemeinen und fokussiert im Besonderen auf die Frage nach einer sozial gerechten Finanzierung des notwendigen ökologischen Umbaus.

Zeit:

ca. 45 Minuten

Material:

Raum mit ausreichend Platz, ein Stuhl pro Teilnehmer_in, 100 Taler (Bonbons, Spielgeld oder ähnliches), 20 Luftballons (oder A4-Zettel mit der Beschriftung CO₂), sechs kleine Tüten, Zettel mit den Nummern 1 bis 5.

Fünf Tüten werden vorab nummeriert und mit folgender Anzahl Taler gefüllt:

- Nummer 1 mit 6 Stück
- Nummer 2 mit 11 Stück
- Nummer 3 mit 15 Stück
- Nummer 4 mit 21 Stück
- Nummer 5 mit 47 Stück

Ablauf:

Zu Beginn wird den Teilnehmenden mitgeteilt, dass sie an einem kleinen Experiment teilnehmen, bei dem es um die Verteilung von Armut, Reichtum und Umweltverbrauch in Deutschland geht.

1. Schritt: Bildung von Fünfteln (»Bevölkerungs-Quintile«)

Dazu werden zunächst Tische und Stühle zur Seite geräumt und im freien Raum werden die Zettel mit den Nummern 1 bis 5 mit möglichst großem Abstand auf dem Boden verteilt.

Anschließend werden die Teilnehmenden gebeten, sich mit ihren Stühlen so gleichmäßig wie möglich um die Zettel zu verteilen, wobei vom ersten zum letzten Fünftel aufgefüllt wird. Die genaue Aufteilung hängt von der Gruppengröße ab und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen

Verteilung Personen	Gruppengröße																	
	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1. Fünftel	1	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	4	4	4	4	5	5
2. Fünftel	1	1	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	4	4	4	4	5
3. Fünftel	1	1	1	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	4	4	4	4
4. Fünftel	1	1	1	1	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	4	4	4
5. Fünftel	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	4	4

Verteilung Personen	Gruppengröße																	
	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40
1. Fünftel	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8	8	8
2. Fünftel	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8	8
3. Fünftel	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8
4. Fünftel	4	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8
5. Fünftel	4	4	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8

2. Schritt: Die Vermögensverteilung

Es wird erläutert, dass die Gruppe nun die Bevölkerung von Deutschland und die Stühle den gesamten Reichtum von Deutschland darstellen. Reichtum bedeutet Geld auf der Bank, Besitz von Häusern und Grundstücken, Wertgegenständen, Unternehmen oder von Aktien, Staatsanleihen und anderen Wertpapieren.

Da das Vermögen in Deutschland jedoch nicht gleichmäßig verteilt ist, müssen die Stühle neu verteilt werden. »Ihr seid das ärmste Fünftel der Be-

völkerung in Deutschland, Ihr besitzt leider nichts. Bringt Eure Stühle bitte zum reichsten Fünftel hier drüben«. So bringen die unteren Fünftelgruppen ihre Stühle der Reihe nach zu den Oberen, bis die richtige Verteilung erreicht ist und gehen anschließend zum Zettel mit ihrer Nummer zurück. Die genaue Verteilung hängt wiederum von der Gruppengröße ab und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Verteilung Stühle	Gruppengröße																	
	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1. Fünftel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Fünftel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Fünftel	0	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
4. Fünftel	1	1	1	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	4	4	4	4
5. Fünftel	4	5	6	6	7	8	8	9	9	10	11	12	13	13	14	15	16	17

Verteilung Stühle	Gruppengröße																	
	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40
1. Fünftel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Fünftel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Fünftel	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
4. Fünftel	5	5	5	5	6	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8
5. Fünftel	17	18	19	20	20	21	22	22	23	24	24	25	26	27	28	28	29	30

Wenn alle Gruppen wieder bei ihren Nummern sind, müssen die meisten stehen oder auf dem Boden sitzen, während sich vor allem die fünfte Grup-

pe auf den Stühlen ausbreiten kann. An dieser Stelle werden die Gruppen kurz befragt, wie es ihnen geht und ob sie die Verteilung kommentieren wollen.

3. Schritt: Die Einkommensverteilung

Als nächstes wird erläutert, dass sicher nicht alle eine Fabrik oder große Geldvermögen besitzen, die allermeisten jedoch ein regelmäßiges Einkommen haben, von dem sie leben können.

Regelmäßige Einkommen können zum Beispiel Löhne und Gehälter in unterschiedlichsten Berufen wie Reinigungskraft, Lehrer_in, Busfahrer_in oder Management von Unternehmen sein. Einkommen können weiterhin Sozialleistungen wie Hartz IV oder auch Gewinne aus einem eigenen Unternehmen sein.

Nun geht es darum, zu schauen, wie diese Einkommen auf die Bevölkerung verteilt sind. Das gesamte Einkommen sind in diesem Fall 100 Taler, die jetzt auf die verschiedenen Teile der Bevölkerung verteilt werden. Dazu werden alle Gruppen von arm nach reich befragt, wie viele Taler sie schätzungsweise bekommen. Anschließend werden die vorbereiteten Tüten an die Teilgruppen

verteilt. Dabei muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass noch nichts von dem Einkommen verbraucht werden darf!

Die folgende Tabelle zeigt noch einmal die Verteilung der Taler, die bei der Ausgabe der Tüten genannt werden sollte.

	Taler
1. Fünftel	6
2. Fünftel	11
3. Fünftel	15
4. Fünftel	21
5. Fünftel	47

Auch hier können kleine Interviews geführt werden: Wie findet Ihr die Verteilung? Warum verdient Ihr mehr (oder weniger) als diese Gruppen neben Euch?

4. Schritt: Die Zahlung von Steuern und Abgaben

Der Grund dafür, dass das Einkommen noch nicht verbraucht (gegessen) werden durfte, ist, dass ja zunächst noch Steuern und Abgaben gezahlt werden müssen. Von Löhnen und Gewinnen gehen zunächst die Einkommensteuer und meist auch Abgaben an die Sozialversicherung ab und wenn das Geld schließlich ausgegeben wird, zahlen alle – zum Beispiel auch Arbeitslose – Umsatzsteuern (umgangssprachlich Mehrwertsteuer).

Diese Steuern und Abgaben werden nun eingesammelt. Auch hier schätzt jede Gruppe zunächst noch einmal, wie viele Taler sie als Steuern abgeben müssen, woraufhin von jeder Fünftelgruppe einige Taler eingesammelt werden und als Steuerertrag in die sechste Tüte kommen.

Die Anzahl der Taler, die jede Gruppe abgeben muss, entspricht wiederum den realen Abgaben dieses Bevölkerungsteils und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Abzug Taler

	Taler
1. Fünftel	2
2. Fünftel	4
3. Fünftel	6
4. Fünftel	10
5. Fünftel	22

Übrig bleibt am Ende folgende Verteilung der Taler:

	Taler
1. Fünftel	4
2. Fünftel	7
3. Fünftel	9
4. Fünftel	11
5. Fünftel	25
Steuern	44

5. Schritt: Die Emission von CO₂

Nun wird betrachtet, wieviel CO₂-Emissionen die einzelnen Bevölkerungsanteile verursachen. Dabei stehen 20 Luftballons für das gesamte emittierte CO₂ der Bevölkerung und diese werden wiederum Anteilsgemäß auf die Fünftel verteilt. Dabei zeigt sich, dass der Anteil der Emissionen mit dem Einkommen und dem Vermögen steigt. Das ist wenig überraschend, denn wer kein Geld hat, kann sich beispielsweise kein Auto leisten.

	Ballons
1. Fünftel	2
2. Fünftel	3
3. Fünftel	4
4. Fünftel	5
5. Fünftel	6

6. Schritt: Abstimmung über drei Modelle von CO₂-Steuern

Weil die klimaschädlichen CO₂-Emissionen dringend reduziert werden müssen, wird nun eine CO₂-Steuer eingeführt. Jedes Fünftel muss so

viele Taler abgeben, wie es Luftballons hat. Aber es gibt drei verschiedene Modelle, wie die zusätzlichen Steuern verwendet werden sollen:

Modell A	Es wird nur die CO ₂ -Steuer erhoben. Jedes Fünftel muss so viele Taler abgeben, wie es Luftballons hat. Beispiel: Das erste Fünftel gibt 2 Taler ab.
Modell B	Die Einnahmen aus der CO ₂ -Steuer werden als Umweltbonus gleichmäßig auf die Bevölkerung (sfünftel) verteilt. Jedes Fünftel erhält vier Taler (zurück).
Modell C	Die Einnahmen aus der CO ₂ -Steuer füllen alle Einkommen als Umweltbonus auf mindestens 8 Taler auf, der Rest wird für Klimaschutzprojekte eingesetzt.

Nun dürfen die Teilnehmenden in einer Mehrheitsabstimmung entscheiden, welches Modell eingeführt werden soll. Abschließend werden – je

nach gewähltem Modell – die zusätzlichen Steuern eingesammelt und die Boni verteilt (siehe folgende Tabelle).

Fünftel	Modell A				Modell B				Modell C			
	Steuer	Bonus	Effekt	Ergebnis	Steuer	Bonus	Effekt	Ergebnis	Steuer	Bonus	Effekt	Ergebnis
1.	-2	0	-2	2	-2	4	2	6	-2	6	4	8
2.	-3	0	-3	4	-3	4	1	8	-3	4	1	8
3.	-4	0	-4	5	-4	4	0	9	-4	3	-1	8
4.	-5	0	-5	6	-5	4	-1	10	-5	2	-3	8
5.	-6	0	-6	19	-6	4	-2	23	-6	0	-6	19
Steuern	20	0	20	64	20	-20	0	44	20	-15	5	49

Auswertung:

Anschließend werden die Teilnehmenden zunächst zu ihrem Erleben des Verteilungsspiels befragt sowie um eine Einschätzung des Realitätsgehalts des Spiels gebeten. Mögliche Fragen sind dabei:

- Wie haben Sie die Aktivität erlebt?
- Wie haben Sie sich gefühlt?
- Gab es einen Moment, der besonders beeindruckend war?
- War etwas überraschend?
- Entspricht die Verteilung von Vermögen, Einkommen und Steuerzahlung Ihren Erwartungen?
- Was haben Sie ähnlich eingeschätzt, was nicht?
- Für wie realistisch halten Sie die Abstimmung über die CO₂-Steuern und warum?
- Welche Gründe und Rechtfertigungen gibt es für die unterschiedliche Verteilung?

Abschließend können die Verteilungsverhältnisse anhand der folgenden Tabellen und Diagramme (M1 bis M7) noch einmal nachvollzogen werden. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Verteilungseffekte der direkten und indirekten Steuern gelegt werden. Indirekte Steuern belasten vor allem die ärmeren Bevölkerungsanteile, direkte Steuern vor allem die reicheren.

Auch eine CO₂-Steuer wäre eine indirekte Steuer, die am Verbrauch energieintensiver Güter ansetzen würde. Damit würde auch sie zunächst die ärmeren Bevölkerungsanteile besonders belasten (z.B. eine Krankenschwester auf dem Land, die ihr Auto braucht, um zur Arbeit zu kommen). Eine Kombination aus einer CO₂-Steuer und einem Klima-Bonus könnte dagegen ökologisch wirken und gleichzeitig die soziale Ungleichheit etwas verringern.

M3 Einkommensverteilung und Steuern in Deutschland

Bevölkerung in Fünfteln	Bruttoeinkommen*	Direkte Steuern und Beiträge in Prozent d. Bruttoeinkommens	Indirekte Steuern in Prozent des Bruttoeinkommens	Nettoeinkommen*
Ärmstes Fünftel	6,3	11,2	20,2	4,3
2. Fünftel	10,6	22,0	13,9	6,6
3. Fünftel	15,0	29,5	11,2	8,6
4. Fünftel	21,4	37,7	8,6	11,0
Reichstes Fünftel	46,6	40,4	4,2	24,3
Summe	99,9	–	–	54,8

* Angabe in Prozent des Bruttogesamteinkommens (brutto bedeutet vor Steuern und netto bedeutet nach Steuern).

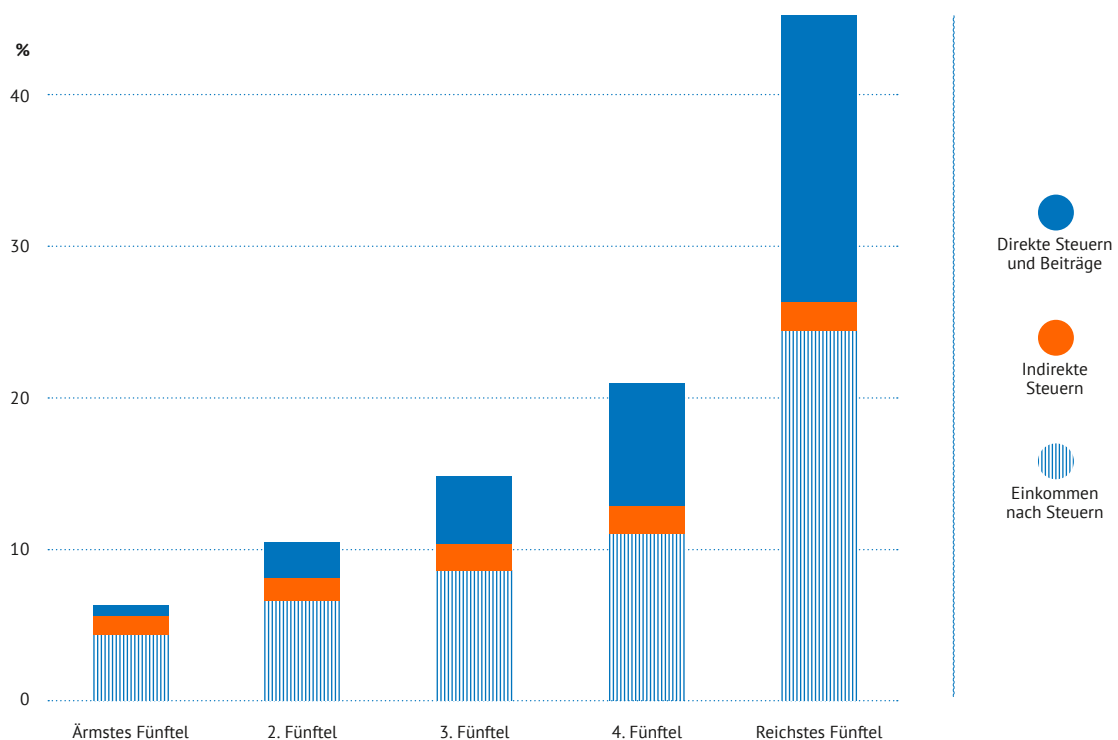
Datenquelle: DIW Wochenbericht 51 bis 52/2016; eigene Umrechnung in Quintile

Lesebeispiel: Das ärmste Bevölkerungsfünftel bekommt 6,3 % der gesamten Bruttohaushaltseinkommen in Deutschland (100 % hier wegen Rundung 99,9 %). Auf dieses Einkommen zahlt

es 11,2 % direkte und 20,2 % indirekte Steuern und hat am Ende nur noch 4,3 % des gesamten Bruttohaushaltseinkommens:
 $6,3 - (11,2 + 20,2)\% = 4,3$.

M4 Verteilung von Einkommen und Steuern

◇◇◇◇◇ ANTEILE AM BRUTTOGESAMTEINKOMMEN ◇◇◇◇◇



Datenquelle: DIW Wochenbericht 51 bis 52/2016; eigene Umrechnung in Quintile

Corona und Klima: Was soll der Staat tun?

M1 Corona und Klima



Quelle: © Harm Bengen, www.harmbengen.de

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Interpretieren Sie die Karikatur M1.
2. Lesen Sie M2.
 - 2a. Bilden Sie Kleingruppen und sammeln Sie die politischen Maßnahmen, die in M2 als mögliche Reaktionen auf die Klimakrise angedeutet werden.
 - 2b. Versuchen Sie zu einer gemeinsamen Wertung der Vorschläge zu kommen und ergänzen Sie diese um eigene Ideen.
 - 2c. Tauschen Sie sich in der Gesamtgruppe über die Vorschläge aus und erstellen Sie anschließend (durch Konsensfindung oder als Mehrheitsentscheidung) ein Ranking der fünf wichtigsten politischen Maßnahmen angesichts der Klimakrise.
3. Lesen Sie M3 und vergleichen Sie das Konjunkturprogramm der Bundesregierung mit der Prioritätenliste aus Arbeitsvorschlag 2c.
 - Welche Übereinstimmungen und welche Abweichungen gibt es?
 - Welche Gründe sehen Sie dafür?
4. Lesen Sie M4, bewerten Sie die Maßnahmen der Bundesregierung und begründen Sie Ihre Meinung:
 - Was finden Sie richtig?
 - Was finden Sie falsch und was hätte die Regierung stattdessen tun sollen?
 - Vergleichen Sie die Karikatur vom März 2020 mit dem Text M4 von Ende Juni 2020.

M2 Mit zweierlei
Maß

1 [...] Während sich die Staaten in der Corona-Epi-
demie als extrem handlungsstark erweisen und für
die Gesundheit ihrer Bürger:innen auch auf kurz-
fristige Wirtschaftsinteressen keine Rücksicht neh-
men, ist in der Klimafrage seit 40 Jahren so gut wie
nichts passiert. Forderungen nach wirkungsvollen
Klimaschutzmaßnahmen werden regelmäßig mit
dem Verweis abgeschmettert, dass man nicht in die
Freiheitsrechte von Menschen und Unternehmen
eingreifen könne. Kurzstreckenflüge verbieten?
Unmöglich! SUVs in Innenstädten untersagen?
Undenkbar! Kohleausstieg bis 2025? Gefährdet
Arbeitsplätze! Fleischkonsum drosseln? Ökodiktatur!
Autokonzerne zum Bau von öffentlichen Ver-
kehrsmitteln umfunktionieren? Kommunismus!

15 Doch angesichts des Virus ist plötzlich fast alles
möglich: Finanzminister Olaf Scholz und Wirt-
schaftsminister Peter Altmaier haben öffentlich
darüber nachgedacht, große Industriekonzerne
vorübergehend zu verstaatlichen, um sie vor dem
Kollaps zu bewahren. Billionenschwere Rettungs-
pakete werden international auf den Weg gebracht,
um die Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu
bewahren – Geld, das für einen sozial-ökologischen
Umbau angeblich nie da war.

25 Dieser Kontrast ist umso seltsamer, als die Coro-
na-Epidemie selbst nach den düstersten Prognosen
um vieles weniger tödlich ist als ein ungebremstes
Klimachaos. Gewiss: In der Pandemie müssen wir
Menschen schützen, vor allem die Risikogruppen.
Aber warum gilt nicht das Gleiche für Klimaopfer?
[...]

35 Die erste Antwort darauf ist relativ naheliegend:
Klimakatastrophen sind ein langfristiges Problem,
während unsere politischen Systeme kurzfristig aus-
gerichtet sind. Wenn ein Drittel von Bangladesch
in einigen Jahrzehnten überschwemmt sein wird,
wenn große Teile des Mittleren Ostens und Afrikas
durch Überhitzung nicht mehr bewohnbar sein
werden und wenn auch die deutschen Wälder voll-
ends vertrocknen, dann sind fast alle Politiker, die
heute die Weichen stellen (oder eben nicht stellen),
längst nicht mehr im Amt.

Die zweite Antwort reicht tiefer. Die Opfer des
Klimachaos sind vor allem die ärmsten Menschen
auf der Erde, insbesondere im Globalen Süden. Das
Corona-Virus dagegen macht vor den Schranken
von Klasse und Nationalität nicht Halt. Auch rei-
che weiße Männer in den Industriestaaten sind ge-
fährdet. Während Kameras rund um die Uhr Bil-
der von Corona-Intensivstationen senden und uns
ein Gefühl von Weltuntergang vermitteln, schert
sich um die vielen Millionen Bewohner:innen des
Mekong-Deltas, denen bereits jetzt das steigende
Salzwasser ihre Ernten zerstört, kaum ein Mensch.

45 Die Klimawissenschaft zeigt, dass die Industrie-
staaten in den nächsten zehn Jahren ihre Treibh-
ausgasemissionen um 80 Prozent senken müssen,
um eine Chance zu haben, global unter 2 Grad zu
bleiben und weitere Kippunkte im Erdsystem zu
vermeiden. Dazu braucht es einen raschen, tief-
greifenden Umbau unserer gesamten Ökonomie.
Entscheidend wird dabei sein, wie die umfang-
reichen Rettungspakete für die Wirtschaft, die
derzeit verhandelt werden, aussehen. Werden In-
dustrien wie die Flugzeug- und die Autobranche
gerettet, um danach ihr Business as usual fortzu-
setzen? Oder werden die Gelder benutzt, um die
nicht zukunftsfähigen Branchen zu konvertieren?

70 Warum zum Beispiel nicht für die Mitarbei-
tenden von Airlines massiv neue Stellen bei der
Deutschen Bahn schaffen, wo in den vergangenen
Jahrzehnten hunderttausende Arbeitsplätze ab-
gebaut wurden? Warum nicht Rettungspakete
für Autokonzerne daran koppeln, dass sie ihre
Produktion, so rasch es technisch geht, auf Ein-
liter-Autos, kleine Elektrofahrzeuge und vor allem
öffentliche Verkehrsmittel umbauen? [...] Und
warum nicht, wie einst unter dem New Deal in
den USA, Einkommen- und Vermögensteuern für
die Reichsten auf 70 Prozent und mehr erhöhen,
damit sie ihren fairen Anteil am gesellschaftlichen
Umbau leisten? [...]

Quelle: Fabian Scheidler in *die tageszeitung*
vom 23.03.2020

M3 Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung

- 1 Im Juni 2020 beschloss die Bundesregierung aufgrund der Wirtschaftskrise im Zuge der Corona-Pandemie ein Konjunkturprogramm im Umfang von insgesamt 130 Milliarden Euro. Dieses zusätzliche Geld gibt die Bundesregierung unter anderem in den folgenden zehn Bereichen aus:
- 2 - Zuschüsse für Unternehmen, deren Umsatz durch Corona eingebrochen ist, von bis zu 150.000 Euro (25 Milliarden Euro)
 - 10 - Senkung der Mehrwertsteuer für ein halbes Jahr, um den Konsum zu fördern (20 Milliarden Euro)
 - 15 - Senkung der Stromkosten durch Zuschüsse als Ausgleich zur steigenden EEG-Umlage zur Förderung von Ökostrom-Anlagen (11 Milliarden Euro)
 - 20 - Förderung von Wasserstofftechnologie (7 Milliarden Euro)
 - 25 - Förderung der Autoindustrie: Prämien für E-Autos, -Busse und -LKW; Ausbau von Ladestationen; Forschung und Entwicklung (7,9 Milliarden Euro)
 - 30 - Zuschüsse für die Deutsche Bahn als Ausgleich für fehlende Ticketverkäufe (5 Milliarden Euro)
 - 35 - Zuschuss zum Kindergeld von 300 Euro für Eltern mit niedrigen und mittleren Einkommen (4,3 Milliarden Euro)
 - 40 - Förderungen des Ausbaus von Kitas und Ganztagschulen (3 Milliarden Euro)
 - 45 - Zuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr als Ausgleich für fehlende Ticketverkäufe (2,5 Milliarden Euro)
 - 50 - Aufstockung von CO₂-Gebäudesanierungsprogrammen (2 Milliarden Euro)
- Autor_innentext, genutzte Quelle: www.bundesfinanzministerium.de, »Ergebnis Koalitionsausschuss 3. Juni 2020«

M4 Lufthansa: Staatshilfen, aber keine Klimaaufgaben

- 1 Der deutsche Staat nimmt viel Geld in die Hand, um die Folgen der Corona-Pandemie für die Wirtschaft abzufedern. So hilft er auch der Lufthansa, einem der Flaggschiffe der deutschen Wirtschaft, mit insgesamt neun Milliarden Euro. Doch selbst diese enorme Summe wird nicht dazu führen, dass in Kürze wieder Normalbetrieb in der Luftfahrt herrschen wird – was übrigens ohnehin nicht wünschenswert ist, wenn man an die Belastung für das Klima denkt.
- 25 Lufthansa gut da, obwohl sie auf einem Markt agierte, dem Billigflieger wie Ryanair ihren Stempel aufzudrücken verstanden. Zweifellos ist es gut, dass der Lufthansa geholfen wurde. Damit wurden unter anderem auch unzählige soziale Härten abgemildert; bei der Lufthansa sind mehr als 130.000 Menschen beschäftigt. Aber wie wird sich die Luftfahrt künftig noch betreiben lassen? Ist dies nicht eine der Fragen, die von der Pandemie aufgeworfen wurden und die mit anderen folgendermaßen zusammengefasst werden kann: Wie wollen wir künftig leben, wie können wir künftig leben, ohne diesen Planeten zu überlasten und das Klima in großem Stil zu verändern? Die Lufthansa ist – wie auch die deutschen Autobauer bisherigen Zuschnitts – ein Unternehmen der Fossilwirtschaft: Es geht bisher nicht ohne Verbrenner, und es ist bisher nicht absehbar, wie der Luftverkehr bisherigen Zuschnitts mit den Paradigmen jener Klimapolitik zur Deckung gebracht werden könnte, die wir brauchen werden. Da wird selbst das Gezerre mit dem Großaktionär Thiele um die künftige Richtung zur Fußnote.
- 35 Nein, noch ist die Welt weit vom Normalbetrieb entfernt. Innerhalb von Europa ist das Reisen zwar weitgehend wieder möglich, und allmählich wächst das Flugangebot bereits wieder, aber für Destinationen in Übersee gilt das Gegenteil: In Ländern wie den USA und Brasilien steigen die Zahlen der Infizierten und der Todesopfer weiter. Und auch wir in Deutschland sollten uns nicht auf der sicheren Seite wähnen: Eine Analyse der Oxford-Universität deutet darauf hin, dass uns eine zweite Welle droht.
- 45 Was sagt das über die Zukunft eines Unternehmens wie der Lufthansa, das von den globalen Verkehrsströmen lebt? Vor der Krise stand die
- Quelle: Bronski – Blog der Frankfurter Rundschau vom 30.06.2020; (<http://frblog.de/lufthansa-2>)

Klimawandel und Finanzmärkte

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie M1 und tauschen Sie sich im Plenum darüber aus:
 - Klären Sie Verständnisfragen und geben Sie jede Forderung in eigenen Worten wieder.
 - Wie sollen Unternehmen, Politik und Bürger_innen jeweils zum Klimaschutz beitragen?
2. Vergleichen Sie die Forderungen von Finance Watch (M1) in einem Gruppenpuzzle mit den Positionen der deutschen Parteien zur Europawahl 2019 (M2 bis M6)¹.
 - 2a. Bilden Sie Stammgruppen von mindestens fünf Personen und teilen Sie die Positionen der Parteien (M2 bis M6) untereinander auf.
 - 2b. Treffen Sie sich in den Expert_innen-Gruppen zu den einzelnen Parteien.

- Vergleichen Sie die Positionen von Finance Watch mit den Positionen der Partei.
 - Wie wird das Verhältnis von Unternehmen, Politik und Bürger_innen jeweils beschrieben?
 - Sammeln Sie mindestens drei zentrale Übereinstimmungen oder Unterschiede.
- 2c. Gehen Sie zurück in die Stammgruppen und erstellen Sie dort gemeinsam ein Plakat zum Thema »Klimaschutz und Finanzen«, auf dem Sie die verschiedenen Positionen vergleichen.

¹ Die AfD wurde nicht berücksichtigt, da sie keine Position zu den fraglichen Punkten hat. In ihrem Programm zur Europawahl 2019 heißt es im Wesentlichen: »Wir bezweifeln aus guten Gründen, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel, insbesondere die gegenwärtige Erwärmung, maßgeblich beeinflusst hat oder sogar steuern könnte. Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg«.

M1 Maßnahmen für ein klimafreundliches Finanzsystem

¹ Die Organisation Finance Watch versteht sich als Gegengewicht zur mächtigen Lobby der Finanzindustrie in der Europäischen Union. Kürzlich hat Finance Watch neun Reformvorschläge entwickelt, welche die Klimastreik-Bewegung nach Ansicht der Organisation von der Politik fordern sollte.

1. Definiert »schmutzige« und »saubere« Aktivitäten Wir brauchen eine gemeinsame und verbindliche Bestimmung von nicht-nachhaltigen und von nachhaltigen Finanzanlagen, um die Kapitalströme von schädlichen Aktivitäten weg zu leiten.

2. Bringt Unternehmen dazu, über ihre Auswirkungen zu berichten Unternehmen müssen verpflichtet werden, über ihre sozialen und ökologischen Auswirkungen (einschließlich Klima) zu berichten. Es braucht einen einheitlichen verpflichtenden Rahmen für die nichtfinanzielle Berichterstattung von Unternehmen.

3. Lasst die Menschen entscheiden, wohin ihr Geld geht Als Kund_innen haben die Bürger_innen das Recht zu erfahren, ob ihre Investitionen zu schädlichen Aktivitäten beitragen. Sie müssen verlangen können, dass ihre Banken und Pensionsfonds das angelegte Geld aus solchen Aktivitäten zurückziehen.

4. Bestraft verschmutzende Aktivitäten Fossile und andere nicht-nachhaltige Aktivitäten müssen durch Standards, Normen und Steuern teurer gemacht werden als nachhaltige.

5. Zieht das Steuergeld aus der fossilen Wirtschaft ab Die Bürger_innen fordern eine Wirtschaft ohne fossile Brennstoffe. Die Regierungen müssen aufhören, die kohlenstoffintensiven Industrien zu subventionieren, und die öffentlichen Banken müssen sich vollständig aus ihrer Finanzierung zurückziehen.

6. Verringert fossile Risiken Die Vorbereitung auf eine Zukunft ohne fossile Brennstoffe erfordert, dass unser Finanzsystem Risiken minimiert, die beim Übergang in eine kohlenstoffarme Wirtschaft unweigerlich mit Investitionen in fossile Brennstoffe verbunden sind.

7. Setzt öffentliche Mittel für den Klimaschutz frei Die Regierungen müssen die öffentlichen Ausgaben erhöhen, um Übergangsprojekte zu finanzieren, die nicht profitabel genug sind, um private Investitionen anzuziehen.

8. Bremst die Kurzfristigkeit auf den Finanzmärkten Die Regierungen müssen kurzfristiges, spekulatives und Herdenverhalten des Finanzmarktes verhindern und die Wirtschaft wieder auf die langfristigen Ziele der Gesellschaft ausrichten.

9. Macht das Finanzsystem wieder vielfältiger Wir brauchen mehr ethische, lokale und genossenschaftliche Banken und Investoren, deren Geschäftsmodelle mit unserer Klima-Mission übereinstimmen, um die Finanzkapazität für einen gerechten Übergang zu erhöhen. ■ Quelle: www.finance-watch.org/climatestrikes, übersetzt von Attac

M2 CDU/CSU

- 1 Europa ist der Antreiber für weltweiten Klima-
schutz. Ohne Europa wäre der Klimaschutz und
vor allem auch das Pariser Klimaabkommen so
nicht auf den Weg gebracht worden. Unser Ziel
5 ist weiterhin, Wirtschaftswachstum und Umwelt-
schutz zu vereinen. [...]
- 10 Unser Europa ist lebenswert. Und das soll auch
für unsere Kinder und Enkelkinder so bleiben.
Deshalb sind für unser Europa die Bewahrung der
Schöpfung, die Erhaltung der Artenvielfalt und
damit auch der Kampf gegen den Klimawan-
del zentrale Anliegen. Wir verfolgen diese Ziele
entschlossen, mit Vernunft und Augenmaß. Wir
konkretisieren die Ergebnisse der UN-Klimakon-
15 ferenzen von Paris und Kattowitz und setzen sie
Schritt für Schritt um. Wir fordern die globale Be-
preisung der Treibhausgasemissionen und deren
rasche Umsetzung, notfalls zunächst auf Ebene der
G20-Staaten. [...]
- 20 Wir wollen, dass Energie sicher, sauber und be-
zahlbar bleibt. Besonders wichtig ist uns der euro-
paweite Ausbau emissionsarmer bzw. erneuerbarer
Energien – nicht nur in einzelnen Ländern. Wir
wollen den europäischen Energiemarkt dazu stär-
ker vernetzen und Innovationen fördern. Denn
25 ein funktionierender Energiebinnenmarkt erhöht
die Kosteneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit der
Energieversorgung in Europa. Vor allem brauchen
wir die noch bessere Verknüpfung des Stromnet-
zes in Europa. So können wir die unterschiedliche
30 Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien noch
besser ausgleichen und den Mix unterschiedlicher
Energieträger in Europa noch besser nutzen. Für
die Wettbewerbsfähigkeit Europas, einen effizi-
enten und wirksamen Klimaschutz und die besse-
re Verbreitung von »grünen Technologien« muss
sich Europa mit Nachdruck für eine internatio-
nal wirksame Bepreisung von Treibhausgasemis-
sionen einsetzen. Klar ist: Der Ausstieg aus der
40 Kohle- und Kernkraft darf nicht durch emissi-
onsintensiven Strom aus anderen Ländern ersetzt
werden. ■ Quelle: Europawahlprogramm 2019 von CDU und CSU

M3 FDP

- 1 Wir Freie Demokraten wollen zur Verbesserung
des Klimaschutzes dort ansetzen, wo große Men-
gen CO₂-Emissionen mit relativ geringem Auf-
wand schnell vermieden werden können und wo
5 künftig das größte Wachstum an Energiebedarf
eintreten wird. Das ist in vielen Fällen nicht die
Europäische Union (EU). In Asien, Afrika und
Südamerika beispielsweise können schnelle Er-
folge in der richtigen Größenordnung mit dem
10 geringsten Aufwand erzielt werden. Dabei kann
europäische Technologie eine entscheidende Rol-
le spielen, nicht nur Technologien für regenerative
Energieerzeugung, sondern auch klassische, vom
hocheffizienten Kohle- oder Gasturbinen-Kraft-
15 werk als Übergangstechnologie bis zum sparsamen
Automobil. [...]
- Wir brauchen eine moderne Klimapolitik. Eine
Politik, die nicht auf Technikvorgaben und Ver-
bote setzt, sondern den Wettbewerb emissionsar-
mer Energieträger fördert und in die Kraft neuer
20 Technologien und die Kreativität des Marktes
vertraut. [...] Dazu müssen wir der zu reduzie-
renden Größe, der CO₂-Emission, einen fühlba-
ren Preis geben. Damit würden Investitionen in
25 Vermeidung von CO₂-Emissionen unmittelbare
wirtschaftliche Vorteile ergeben, sie würden sich
rechnen. Ein solcher Preis für Emissionen müsste
alle Sektoren einschließen, das heißt vom Strom
über Wärme bis zu Mobilität und Transport. Die
30 Reduzierung von CO₂-Emissionen im Bereich
der Industrie muss über CO₂-mindernde Tech-
nologie vorangetrieben werden. Klimapolitik ist
Standortpolitik. Der CO₂-Emissionspreis soll sich
marktwirtschaftlich durch einen weltweit verein-
35 barten und stringent angelegten Emissionshandel
(ETS1) bilden. Die international völkerrechtlich
verbindlich (zum Beispiel im Rahmen des Paris-
Nachfolgeprozesses) zu vereinbarende und ent-
sprechend der Klimaziele zu reduzierende Menge
40 der Zertifikate ist die Steuergröße. ■ Quelle: Europawahl-
programm 2019 der FDP

M4 Die Grünen

- 1 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile
 . Brennstoffe zu stoppen [...]. Statt aus dem Raub-
 . bau an unserem Planeten Profit zu ziehen, wollen
 . wir in den Klimaschutz investieren. Das ist auch
 5 finanziell sinnvoll, da die internationale Energie-
 . wende dazu führen wird, dass Investitionen in
 . Kohle, Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben
 . werden müssen. [...] Jegliche Subventionen für
 . die Kohleverstromung lehnen wir ab.
- 10 Die ökologische Modernisierung braucht mas-
 . sive Investitionen, die finanziert werden müssen.
 . Heute wird immer noch viel Kapital in alten, fos-
 . silen Technologien angelegt. Das ist nicht nur ein
 . ökologisches Problem, sondern gefährdet auch
 15 die Stabilität der Finanzmärkte und die Alters-
 . vorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte,
 . die nicht in die Vergangenheit, sondern in die
 . Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen
 . sind dazu ein Wachstumsmarkt, der den Finanz-
 20 platz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.
- . Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken
 . und eine einheitliche Klassifizierung schaffen. Wir
 . fordern eine Richtlinie für ökologische Transpa-
 . renz am Finanzmarkt, damit Anleger wissen, wie
 25 ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein
 . europäisches »Green Finance Label« für Investi-
 . tionen und Anlagen einführen, die die höchsten
 . Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Außerdem wol-
 . len wir ökologische, soziale, darunter auch gleich-
 30 stellungspolitische Ziele in der Unternehmens-
 . berichterstattung verpflichtend machen und ein
 . unabhängiges Siegel für nachhaltige Geldanlagen
 . einführen.
- . Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager
 35 von Gütern. Zukünftig wollen wir auch das öf-
 . fentliche Beschaffungswesen an verbindliche öko-
 . logische, soziale und Fairtrade-Kriterien knüpfen.
 . Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für
 . Unternehmen, die ökologisch und sozial wirt-
 40 schaften. Staatliche Subventionen für klimaschäd-
 . liches Wirtschaften wollen wir abschaffen. ■ Quelle:
 Europawahlprogramm 2019 der GRÜNEN

M5 Die Linke

- 1 Um den Klimawandel noch zu stoppen, brauchen
 . wir dringend Investitionen in erneuerbare Ener-
 . gien, Bus und Bahn sowie Energieeffizienz. Wir
 . müssen den sozial-ökologischen Umbau anpacken
 5 und dabei neue Arbeitsplätze in ehemaligen Koh-
 . leregionen schaffen. [...]
- . Die großen Energiekonzerne sind faktische Mo-
 . nopole. Die großen Energiekonzerne wollen wir
 . vergesellschaften. Wir wollen Demokratie und öf-
 10 fentliches und genossenschaftliches Eigentum in
 . der Energieversorgung stärken: Stadtwerke und
 . Energiegenossenschaften in Bürgerhand. [...]
- . Bis zum Jahr 2040 muss die Energieerzeugung
 . vollständig aus erneuerbaren Quellen und haupt-
 15 sächlich dezentral organisiert sein.
- . Die EU-Emissionen von klimaschädlichen
 . Treibhausgasen müssen bis 2030 um mindestens
 . 65 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden,
 . bis zum Jahr 2050 um 95 Prozent.
- 20 Der Emissionshandel hat als zentrales Klima-
 . schutzinstrument der EU komplett versagt. Statt-
 . dessen sind verbindliche EU-Vorgaben erforder-
 . lich: etwa nationale Abschaltpläne für Kohlekraft-
 . werke in Verbindung mit europäischen bzw. regi-
 25 onalen CO₂-Mindestpreisen bzw. Begrenzungen
 . von Volllaststunden (Nutzungsgrad der Anlage)
 . für jeweils verbliebene Meiler. Deutschland soll
 . hier seine europäische Verantwortung wahrneh-
 30 men, indem es zunächst die 20 ältesten Braunkoh-
 . lemeiler über 100 MW Leistung bis 2020 stilllegt
 . und die verbleibenden Kohlekraftwerke drosselt.
 . 2030 muss der letzte deutsche Kohlemeiler vom
 . Netz.
- . Es braucht in der EU eine öffentliche Emissi-
 35 onsbremse! Öffentliches Geld darf nicht mehr in
 . Konzerne investiert werden, die Geschäfte mit fos-
 . silen Energieträgern machen.
- . Zusätzlich fordert DIE LINKE die Einführung
 . einer Kohlenstoffsteuer (Carbon Tax), die alle In-
 40 dustriezweige bzw. Branchen umfasst. Durch die-
 . se wird das Problem an der Wurzel gepackt: Die
 . Externalisierung der Kosten des Klimawandels
 . wird effektiv unterbunden und umweltschonende
 45 Technologien und Produkte werden im Vergleich
 . zu ihren schädlichen Konkurrenten attraktiver.
 ■ Quelle: Europawahlprogramm 2019 der LINKEN

M6 SPD

- 1 Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber
 . heutigen und künftigen Generationen und setzen
 . uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine
 . europaweite Energiewende ein. Den damit verbun-
 5 denen Strukturwandel wollen wir im Interesse der
 . Beschäftigten gerecht gestalten. Wir wollen dafür
 . Europas Industrie möglichst klimaneutral und
 . gleichzeitig wettbewerbsfähig ausgestalten und die
 . Europäische Energieversorgung CO₂-neutral und
 10 bezahlbar sicherstellen. Damit setzen wir weltweit
 . neue Standards für Umwelt- und Klimaschutz. [...]
- 15 . – Wir wollen weiterhin ambitionierte Schritte zur
 . schnelleren Umstellung des Energiemixes hin
 . zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa
 vereinbaren. Dazu gehört, das Funktionieren
 . des europäischen Emissionshandels weiterhin
 . sicherzustellen, ebenso wie die Einführung eines
 . CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht vom
 . Emissionshandel erfasst sind.
 - 20 . – Die Forschung für Klimaneutralität massiv aus-
 . bauen: Die Europäische Forschungsförderung
 . werden wir darauf ausrichten, Innovation zur
 . Umstellung unserer Wirtschaft auf Klimaneu-
 . tralität und zur Klimaanpassung zu entwickeln.
 25 . Daneben wird auch die Forschung zu den so-
 . zialen Folgen des Klimawandels, der Klima-
 . anpassung und der ökologischen Transformation
 . unserer Gesellschaft gefördert. [...]
 - 30 . – Einen Fonds für faire Transformation auflegen:
 . Wirtschaftszweige, in denen die Beschäftigten,
 . Unternehmen und ganze Regionen vor einem
 . tiefgreifenden Strukturwandel stehen, müssen
 . europaweit gezielt durch industrie- und sozia-
 . lpolitische Investitionen unterstützt werden.
 35 . Ein Transformationsfonds soll strategische In-
 . vestitionen zur Dekarbonisierung industrieller
 . Wertschöpfungsketten forcieren, hochwertige
 . Beschäftigung sichern und neue wirtschaftliche
 . Chancen ermöglichen.
 - 40 . – Finanzinstitute sollen in ihr Risiko-Management
 . die Umwelt- und Nachhaltigkeitsbelange
 . wie auch Klimarisiken integrieren. ■ Quelle: Europa-
 . wahlprogramm 2019 der SPD

GRUPPENPUZZLE

Als eine Form der Gruppenarbeit dient das Gruppenpuzzle der arbeitsteiligen Analyse eines Konflikts oder einer Frage. Es beinhaltet den gegenseitigen Austausch und die Diskussion unterschiedlichen Wissens. Die Ausbildung verschiedener Expert_innengruppen ermöglicht es, sich intensiv mit einer Frage oder einem Konflikt zu beschäftigen und wechselseitig von den Ergebnissen zu profitieren.

Vorgehen: Zunächst wird eine Frage oder ein Konflikt auf Basis ausgewählter Materialien in einer Stammgruppe bearbeitet, aus welcher die Expert_innen für je eine Frage/Konflikt pro Grup-

pe hervorgehen. Diese durchmischen sich nun mit den in anderen Gruppen ausgebildeten Expert_innen, sodass heterogene Expert_innengruppen entstehen und die in den Stammgruppen erarbeiteten Ergebnisse präsentiert, ausgetauscht und vertieft werden können. Nach Einsicht in die Ergebnisse verschiedener Expert_innen werden in den ursprünglichen Stammgruppen die Ergebnisse des Austausches zusammengefasst, diskutiert und in die Bearbeitung der Ausgangsfrage mit einbezogen bzw. weiterführende Fragen bearbeitet. Angeschlossen an das Gruppenpuzzle ist eine Reflexionsphase, in welcher die Ergebnisse sowie die Vorgehensweise ausgewertet und diskutiert werden können.

ARBEITSVORSCHLÄGE

- 3. Verfassen Sie einen Kommentar für eine Zeitung oder einen Facebook-Post, in dem Sie Forderungen von Finance Watch mit den Positionen der Parteien vergleichen und am Ende dazu Stellung nehmen.

Klimafreundliche Geldpolitik?

ARBEITSVORSCHLÄGE

- 1a. Beschreiben Sie das Foto M1.
- 1b. Interpretieren Sie M1, notieren Sie offene Fragen und klären Sie diese in der Gesamtgruppe.
2. Lesen Sie M2 und den Infotext »Anleihekäufe der EZB«. Klären Sie Verständnisfragen und fassen Sie zusammen, um welche politischen Forderungen es in M2 geht.
3. Organisieren Sie eine Podiumsdiskussion zum Thema »Klimafreundliche Geldpolitik?«
 - 3a. Teilen Sie sich in zwei Gruppen auf, die sich mit dem Infotext »Anleihekäufe der EZB« befassen und mit je einer der Positionen, die sich für (M3) oder gegen (M4) eine Klimapolitik der EZB ausspricht.
 - 3b. Führen Sie eine Fishbowl-Debatte (siehe Methodenkasten) mit je zwei Personen aus beiden Gruppen durch, bei der auch das Publikum die Möglichkeit hat, sich auf einem Extra-Stuhl mit Fragen und Kommentaren an der Diskussion zu beteiligen.
 4. Verfassen Sie in Einzelarbeit einen Zeitungskommentar (oder Facebook-Post) zu M2 und gehen Sie dabei auf Argumente für (M3) und gegen (M4) eine klimafreundliche Geldpolitik ein.

M1 Protest-Aktion zur Amtseinführung von EZB-Chefin Christine Lagarde



Foto: Philipp Eichler / Attac

FISHBOWL (AQUARIUM, AUSSENKREIS-INNENKREIS)

Die Fishbowl-Debatte ist ein kommunikatives Verfahren, um Argumente oder Gruppenarbeitsergebnisse lebhaft auszutauschen. Es eignet sich besonders, um kontroverse Diskussionen zu führen, zu beobachten und auszuwerten. Durch den Aufbau der Stühle als Innen- und Außenkreis mit einem freien Stuhl im inneren Kreis haben alle Lernenden die Möglichkeit, an der Diskussion teilzunehmen.



Vorgehen: Die Schüler_innen bereiten auf Basis ausgewählter Materialien die Position ihrer Gruppe in der Diskussion vor. Eine Moderation sowie je ein_e Vertreter_in pro Interessengruppe werden gewählt, welche_r in der Diskussion mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Die Vertreter_innen der Gruppen und die Moderation nehmen im inneren Sitzkreis Platz, in dem auch ein freier Stuhl stehen bleibt. Das Publikum platziert sich in einem äußeren Sitzkreis um den inneren herum und hat jederzeit die Möglichkeit, den freien Stuhl im Innenkreis zu besetzen und sich somit in die Diskussion einzubringen. Nach einem Redebeitrag nimmt die Person ihren Platz im Publikum ein, sodass der Stuhl im inneren Kreis wieder frei ist. Es besteht keine strenge Abfolge der Redebeiträge, die Moderation hat die Aufgabe, die Diskussion zu eröffnen und ggf. zu leiten und zu strukturieren.

Anschließend folgt idealerweise eine Reflexionsphase, in der die verschiedenen Argumente ausgewertet und der Ablauf der Diskussion reflektiert werden. Welche Argumente waren am überzeugendsten, welche wurden nicht genannt? Inwiefern wurden Veränderungen im Meinungsbild der Gruppen oder des Publikums herbeigeführt? Wurde ein Konsens gebildet oder stehen sich die Gruppen immer noch gegenüber? Hatten alle Beiträge die gleiche Relevanz oder gab es Machtungleichgewichte während der Anhörung?

M3 EZB – Ein Tatort der Klimakrise

- 1 Die Europäische Zentralbank muss umdenken: weg vom
Wachstumsdiktat, hin zum sozial-ökologischen Umbau.
- »What do we want? Climate justice!«, riefen meh-
rere Tausend Schüler_innen am Fuße des EZB-
Turms während des Europäischen Klimastreiks
am 24. Mai dieses Jahres. [...] Für die Schulstreiks
der Fridays for Future ist diese Institution eine fol-
gerichtige Adresse.
- Schließlich hat die EZB zwischen Juni 2016
und Dezember 2018 große europäische Konzerne,
die in sogenannten fossilistischen Sektoren – etwa
Auto, Gas, Zement – tätig sind, mit spottbilligen
Krediten versorgt. 180 Milliarden Euro wurden
so im Rahmen des Unternehmensanleihen-Kauf-
programms in die Kassen der Konzerne gespült.
In der Bundesrepublik kamen Firmen wie Daimler,
BMW, VW, Eon, Bayer und Heidelberg-Cement in den Genuss dieser exklusiven finanziellen
Fürsorge.
- Exklusiv deshalb, weil ausschließlich im Deut-
schen Aktien-Index (Dax) notierte Konzerne die-
se günstigen Kredite erhalten. Eine Bio-Bäuerin,
die beispielsweise eine neue Lagerhalle bauen will,
hat mit viel höheren Kreditkosten zu rechnen.
- EZB-Präsident Mario Draghi hat nun am 12. Sep-
tember angekündigt, eine neue Runde dieser Kre-
ditvergabe zu starten. Statt Geld in den dringend
notwendigen sozial-ökologischen Umbau zu len-
ken und zum Beispiel massiv erneuerbare Energi-
en zu fördern, wird die CO₂-intensive Industrie
von der EZB gehätschelt. [...]
- Als europäische Institution ist die EZB formell
auch der Einhaltung des UN-Klimaabkommens
von Paris verpflichtet. In ihrer praktischen Politik
war davon bisher nichts zu bemerken. Dass dies
nicht so weitergehen kann, deutete sich bei der
Anhörung der designierten EZB-Chefin Christine
Lagarde am 4. September im Europa-Parlament
zumindest an. Ein großer Teil der Fragen der Euro-
pa-Parlamentarier_innen zielte auf die Verantwor-
tung der EZB für die Klimakrise. Lagardes Ant-
worten blieben jedoch – erwartungsgemäß – vage.
Wenn es so ist, dass mit immer weiter steigenden
CO₂-Emissionen eine neue Heizeit und ein Zi-
vilisationskollaps drohen, dann ist ein schneller und
weitreichender Umbau der gegenwärtigen Wirt-
schaftsweise nötig. Ohne eine neue Architektur
der Europäischen Zentralbank als mächtigste öko-
nomische Institution der EU ist dies aber kaum
vorstellbar. Vielleicht ist Geldpolitik in diesem
Kontext viel zu ernst, als dass man sie Zentralbän-
ker_innen allein überlassen kann.
- Umweltorganisationen, aber auch Gewerkschaf-
ten, müssen daher die Hebel der Geldpolitik und
Aufsicht über das Finanzsystem in dem Glasturm
im Frankfurter Osten mit in der Hand halten. Nur
dann ist durchsetzbar, dass die notwendigen Res-
ourcen rasch in einen sozial-ökologischen Um-
bau fließen. Natürlich ist das mit den aktuellen
Statuten der EZB kaum zu machen. Aber es geht
ums Ganze. [...] ■ Quelle: Alexis J. Passadakis in *Frankfurter Rund-
schau* vom 19.09.2019



Foto: Philipp Eichler/Attac

M4 Klimapolitik ist nicht Sache der EZB

1 Notenbanken sollten sich aus der Klimapolitik heraus-
halten. Sie laufen Gefahr, noch mehr politisiert und im
Widerstreit verschiedener Interessen zermalmt zu werden.
.

5 Die neue Chefin der Europäischen Zentralbank
(EZB) Christine Lagarde weiß Menschen für sich
einzunehmen. Gleich zu Beginn ihres ersten Auf-
tritts bei einer EZB-Pressekonferenz verkündete
die Ex-Chefin des Internationalen Währungsfonds
10 und frühere französische Ministerin eine Rund-
um-Prüfung der Strategie der zweitwichtigsten
Zentralbank dieser Welt. Wie können die Wäh-
rungshüter auf den Klimawandel reagieren? [...]
So gut wie niemand sagt da nein. Der Kampf gegen
15 steigende Temperaturen muss in der Tat oberstes
Gebot sein. [...]

Eine Zentralbank ist jedoch nicht das geeignete
Instrument, um diesen Ansprüchen gerecht wer-
den zu können. Wie vielen anderen Notenbanken
20 auch, fehlt der EZB dazu die notwendige Legi-
timation. Die Zentralbank soll die Stabilität des
Geldes sichern – dafür hat sie in der Eurozone ein
Mandat. Damit Christine Lagarde und ihre Kol-
legen vom Zentralbankrat genau diese Aufgabe
25 erfüllen können, sind sie unabhängig. Die Geld-
politik, das Setzen des Leitzinses, ist keiner demo-
kratischen Kontrolle unterworfen. Notenbanker
können nicht einfach abgewählt oder abberufen
werden. Aus gutem Grund: Regierungen miss-
30 brauchten die Geldpolitik in der Vergangenheit,
um wählerwirksam kurzfristig die Konjunktur

anzuheizen, was später mit hohen Inflationsraten
für den Bürger bitter bezahlt werden musste.
Das Technokraten über ein so wichtiges wirt-
35 schaftspolitisches Politikfeld wie die Geldpolitik
entscheiden, reicht. Welches Maß an Klimaschutz
eine Gesellschaft will und für vertretbar hält, sollte
dagegen Sache von gewählten Parteien und Par-
lamentariern bleiben. Überlegungen in der EZB,
40 im Rahmen ihres Anleihekaufprogramms keine
Schuldtitel mehr von Verschmutzer-Unterneh-
men zu kaufen, sind deshalb abzulehnen. Zumal
die Regierungen wirksame Mittel an der Hand
haben, um gegen den Klimawandel vorzugehen.
45 Treibhausgas-Steuern oder der Kohlendioxid-Zer-
tifikate-Handel beeinflussen die Preise von fossilen
Brennstoffen. Preise wiederum haben eine Signal-
funktion. Sie lenken das Verhalten. Wird etwas
deutlich teurer, geht der Verbrauch zurück.
50 Will die EZB beim Kampf gegen steigende Tem-
peraturen oder Ungleichheit mitmischen, läuft sie
Gefahr, noch mehr politisiert und im Widerstreit
verschiedener Interessen zermalmt zu werden. Es
ist schwer genug, sich angesichts der unterschied-
55 lichen Wirtschaftsentwicklung in der Eurozone
darauf zu einigen, wie viel Inflation angemessen
ist. Für noch mehr Streit würde aber sorgen, wenn
Länder, die stärker von fossilen Brennstoffen ab-
hängen, schlechter behandelt würden als andere
60 mit einer besseren Ökobilanz. ■ Kommentar von Bernd Kra-
mer, *Badische Zeitung* vom 07.01.2020



Foto: Philipp Eichler/Attac